

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe Schuld II – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 27.05.2021

Nach den in „Ausgabe Schuld I“ des Buchloer Hofnarren behandelten „Schuldfragen“ wird nun die Schuld an anderen gesellschaftlichen Kontroversen behandelt werden.

Auch diesmal werden den „Schuldfragen“ einfache populistische Antworten und differenziertere Antwortversuche gegenübergestellt.

Folgende „Schuldfragen“ sollen hier in Ausgabe Schuld II angesprochen werden:

- Wer ist schuld am Erstarken des Nationalismus in Deutschland?
- Wer ist schuld an Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung in Deutschland?
- Wer ist schuld an der schlechten Vorbereitung des digitalen Fernunterrichts?
- Wer ist schuld am Anstieg der Mieten in deutschen Ballungsräumen?
- Wer ist schuld an der Unbezahlbarkeit von Wohneigentum (für Normalverdiener)?

Wer ist schuld am Erstarken des Nationalismus in Deutschland?

Einfache Antwort: Die CDU/CSU ist schuld am Erstarken des Nationalismus in Deutschland, weil sie sich unter Bundeskanzlerin Angela Merkel in die politische „Mitte“ bewegte und zu viele Flüchtlinge nach Deutschland einreisen durften.

Bessere Antwort: Der Nationalismus war in Deutschland immer vorhanden, nur war es bis zur sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 öffentlich kaum möglich sich so zu äußern ohne „die rote Karte“ zu bekommen. Besonders die AfD und Teile der CSU nutzten die Ankunft von knapp einer Million armer schutzbedürftiger Menschen um am rechten Rand der Gesellschaft im „braunen Wasser“ nach Wählerstimmen zu fischen. Hierzu diente ein plumper Nationalismus à la „Deutschland den Deutschen“ und die gezielte Verunglimpfung von Ausländern bzw. Menschen mit Migrationshintergrund, von welchem sich die CDU/CSU in großen Teilen nach einer gewissen Zeit (auch eingedenk des C – christlich im Parteianamen) aber wieder distanzierte. Nationalismus in allen Politikfeldern ist aber nach wie vor die DNA der AfD in und außerhalb des Deutschen Bundestags. Sollte wirklich eine humanitäre Aktion der Auslöser für einen neuen Nationalismus in Deutschland sein, dann dürfte sich Deutschland zukünftig weder christlich noch sozial oder weltofen nennen.

Wer ist schuld an Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung in Deutschland?

Einfache Antwort: Die Juden, Schwarzen oder Muslime, ... sind selber schuld an angeblichem Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung, weil sie nicht nach Deutschland gehören.

Bessere Antwort: Die Frage nach dem „Wer gehört nach Deutschland?“ und dem daraus erwachsenden Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung kann nur von Menschen gestellt werden, welche das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, welches mehr als 70 Jahre Frieden ermöglichte, nicht akzeptieren oder sogar aushöhlen bzw. abschaffen wollen. Art. 3 GG „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich – Männer und Frauen sind gleichberechtigt – Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ schließt Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung aus, denn Deutsche*r ist man, wenn man den deutschen Pass besitzt und Mensch ist man sogar unabhängig von der im Pass eingetragenen Nationalität und damit kann sich jeder Mensch auf Artikel 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ berufen.

Wer ist SCHULD?

Bildquelle: upload.wikimedia.org

Wer ist schuld an der schlechten Vorbereitung des digitalen Fernunterrichts?

Einfache Antwort: Die Bundesregierung und besonders die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Bundesbildungsministerdarstellerin Anja Karliczek haben es versäumt die Schulen in Deutschland frühzeitig zu digitalisieren, so dass digitaler Fernunterricht problemlos möglich wäre.

Bessere Antwort: Bildung (vorschulische Bildung, Schulen, Hochschulen) liegt in Deutschland in der Zuständigkeit der Bundesländer, welche sich i.d.R. sogar gegen „Bundesgeld“ wehren, wenn damit Bedingungen verbunden sind. Die Forderung nach „Digitalisierung der Schule“ ist ein inhaltsleerer politischer Schachtruf, der in jedem Bundesland jeweils nur die Schuld der Regierenden an angeblichen schulischen Mängeln aufdecken soll. Sinn, Zweck und Ziele einer Digitalisierung in den Schulen sind bisher weder politisch noch wissenschaftlich hinreichend beschrieben worden. Kinder schreiben, lesen und rechnen nicht besser, wenn versucht wird ihnen das am PC beizubringen. Eine neue Technik muss bessere oder schnellere Ergebnisse auf gleichem Niveau erzielen, sonst wird sie nur um ihrer selbst eingesetzt und dann ist sie eine teure nutzlose Spielerei. Abgesehen davon war es nie Ziel irgendeiner Schulpolitik Fernunterricht für alle Schüler zu ermöglichen, denn dies machte nur Sinn, wenn Präsenzschulen mittelfristig abgeschafft werden sollen.

Wer ist schuld am Anstieg der Mieten in deutschen Ballungsräumen?

Einfache Antwort: Am Anstieg der Mieten in deutschen Ballungsräumen sind die Vermieter und die Bundesregierung, welche nichts gegen die Vermieter unternimmt, schuld.

Bessere Antwort: Seit fast 20 Jahren überweisen die jeweiligen Bundesregierungen den Bundesländern jährlich große Summen, welche für den sozialen Wohnungsbau gedacht sind, für die aber keine entsprechende Verwendung nachzuweisen ist. Die Bundesländer entschieden sich meist dafür das für Wohnungsbau zur Verfügung gestellte Geld zur Eigentumbildung eines bereits vermögenden Mittelstands zu verwenden anstatt den Sozialwohnungsbau zu forcieren. Wohnungsbauunternehmen sind ohne staatliche Förderung kaum in der Lage, moderne Standards entsprechende Mehrfamilienhäuser so zu bauen, dass eine Vermietung mit „Sozialmieten“ wirtschaftlich darstellbar ist. Für den Rückgang der Sozialwohnungen (für Arbeitslose, Einkommensschwache und Normalverdiener) sind die Bundesländer und Kommunen verantwortlich, weil sie ihre Wohnungsbaumittel überwiegend zur Befriedigung ihrer Wahlklientel, statt für die gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausgeben.

Wer ist schuld an der Unbezahlbarkeit von Wohneigentum (für Normalverdiener)?

Einfache Antwort: An der Unbezahlbarkeit von Wohneigentum sind die Politiker, wegen zu vieler Vorschriften und weil sie zu wenig Bauland ausweisen, schuld.

Bessere Antwort: Erst seit wenigen Jahren gehen Kommunen als Träger der Bauleitplanung dazu über, zur Bebauung vorgesehenes Land vorab zu erwerben um den Planungsgewinn zu sozialisieren statt zu privatisieren. Dies könnte eine bessere und für den Bürger damit günstigere Möglichkeit, Wohneigentum zu schaffen, bedeuten. Aber der Großteil der Kommunen verschließt sich einer optimalen Nutzung des vorhandenen Baulands durch zu große Grundstücke und eine zu geringe bauliche Nutzung des ausgewiesenen Baulands. Damit wird jede einzelne Baumaßnahme durch zu viel Grund und zu wenig erlaubten Wohnraum verteuert. Dies schließt Normalverdiener vom Erwerb einer eigenen Wohnung oder eines Hauses aus. Für kommunale Politik stehen offensichtlich die Interessen einer wohlhabenden Bürger- und Erbschicht, denen die Größe des Grundstücks egal ist, im Vordergrund.

Eigentumswohnungen werden zusätzlich durch die Ausrichtung der Wohnungsgröße an die Wünsche einer überaus solventen Kundschaft immer teurer. Hier würde ein Primat des „Nötigen“ vor dem „Gewünschten“ nicht die gebaute Gesamtwohnflächen aber die Anzahl der Wohnungen, welche dann erschwinglicher würden, erhöhen.

Eine Vierzimmerwohnung mit 80 Quadratmetern ist billiger als eine mit 120 Quadratmetern und nach dem Auszug der Kinder ist die Unterbelegung des Wohnraums auch nicht so gravierend.

Wohneigentum wird auch deswegen immer teuer, weil für jede Wohnung zwei Stellplätze zur Verfügung stehen müssen. Dieses baugesetzliche Festhalten an Mobilitätsgewohnheiten des letzten Jahrhunderts führt zu einem enormen Baulandverbrauch, damit die Autos statt der Menschen einen schönen Platz haben.

Diese Mobilitätsanachronismen findet man auch in jeder Neubausiedlung in welcher die Anwohnerstraßen so breit ausgebaut sind wie Autobahnzubringer. Jeder nicht für Wohnraum genutzte Quadratmeter Grund erhöht den Preis für den Wohnraum und die gefahrenen Geschwindigkeiten.

Schuld ist, wenn jemand absichtlich, fahrlässig oder unbeabsichtigt gegen eine sittliche, ethisch-moralische oder gesetzliche Wertvorstellung verstößt. In der Politik berufen sich die Ankläger i.d.R. auf eine individuell unterschiedlich ausgelegte sittliche oder ethisch-moralische Schuld, da im Rechtsstaat für das Missachten der Gesetze die Gerichte zuständig sind.